

Björn Kauder\* und Niklas Potrafke

# Im Zeitgeist? Wähler belohnen Unionsabgeordnete für die Unterstützung der Ehe für alle

Wähler belohnen und bestrafen Politiker. Wenn Wähler beispielsweise beobachten, dass sich die wirtschaftliche Lage gut entwickelt, sind sie geneigt, Politiker im Amt zu bestätigen. Jedoch können Politiker wirtschaftliche Kennziffern nicht direkt beeinflussen, so dass Wähler auch auf Maße schauen, die von Politikern direkt beeinflusst werden. Ein solches Maß sind namentliche Abstimmungen, die es vor allem bei kontroversen Themen, wie dem Brexit oder der Ehe für alle, gibt (Aidt et al. 2021; Kauder und Potrafke 2019a; 2019b). Parteien haben bestimmte Ansichten zu diesen Themen. So dürften konservative Parteien weniger von gleichgeschlechtlichen Ehen überzeugt sein als liberale Parteien. Einzelne Abgeordnete mögen jedoch eine andere Sicht der Dinge haben und nicht mit der Parteimehrheit stimmen. Einerseits mag man annehmen, dass Wähler, die ihren Parteien gegenüber loyale Politiker bevorzugen, solche Abweichler bestrafen. Andererseits mögen Wähler das Abweichen auch honorieren, insbesondere wenn sie ebenfalls nicht mit der Parteimehrheit übereinstimmen.

Wir untersuchen die namentliche Bundestagsabstimmung zur Einführung der Ehe für alle am 30. Juni 2017. Diese namentliche Abstimmung prägte die Debatte um die gesellschaftspolitische Ausrichtung der Unionsparteien (Wenzelburger und Fehrenz 2018).<sup>1</sup> Vor der Verabschiedung der Ehe für alle konnten gleichgeschlechtliche Paare bereits eine eingetragene Partnerschaft eingehen.<sup>2</sup> 393 Abgeordnete stimmten für und 226 Abgeordnete gegen die Ehe für alle (vier enthielten sich, und sieben waren nicht anwesend). Die Abgeordneten von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE stimmten nahezu geschlossen für die Ehe für alle, während 225 Unionsabgeordnete gegen und 75 für die Ehe für alle stimmten (vier enthielten sich, und fünf waren nicht anwesend).<sup>3</sup>

\* Dr. Björn Kauder ist Senior Economist am Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.

<sup>1</sup> Insgesamt gab es 214 namentliche Abstimmungen in der Legislaturperiode. In der Unionsfraktion wurde bei 61 dieser Abstimmungen nicht geschlossen abgestimmt. In lediglich sieben Abstimmungen wichen mehr als 10% der Abgeordneten von der Fraktionsmehrheit ab. Die größte Abweichung gab es bei der Abstimmung zur Ehe für alle.

<sup>2</sup> Die Ehe für alle änderte nur wenige rechtliche Aspekte im Vergleich zur eingetragenen Partnerschaft, insbesondere im Adoptionsrecht. Der wesentliche Zweck war symbolischer Natur.

<sup>3</sup> In der Bevölkerung gab es eine deutliche Zustimmung zur Ehe für alle. Eine Umfrage im Mai und Juni 2017 zeigte, dass sich 62% für die Ehe für alle aussprachen (45% »auf jeden Fall dafür« und 17% »eher dafür«). Unter Unionswählern waren 34% »auf jeden Fall dafür«, 21%

## IN KÜRZE

**Am 30. Juni 2017 fand im Deutschen Bundestag eine namentliche Abstimmung zur Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe (»Ehe für alle«) statt. In einer neuen Studie untersuchen wir, ob die Wähler diejenigen CDU/CSU-Politiker belohnt haben, die für die Ehe für alle gestimmt haben (Kauder und Potrafke 2021). Die namentliche Abstimmung hat den öffentlichen Diskurs über die gesellschaftspolitische Ausrichtung der Union stark beeinflusst. Im September 2017 fanden Bundestagswahlen statt. Unsere Ergebnisse zeigen, dass der Erststimmenanteil bei Unionspolitikern, die für die Ehe für alle stimmten, um 1,29 Prozentpunkte höher lag als bei Unionspolitikern, die gegen die Ehe für alle stimmten. Die Wähler haben sich bei der Bewertung von Unionspolitikern offenkundig an anderen Aspekten als nur an der wirtschaftlichen Lage des Landes orientiert.**

Die Unionsabgeordneten waren besorgt um ihre Wiederwahl, als sie zur Ehe für alle abstimmten. Der Stimmenvorsprung im Wahlkreis in der Bundestagswahl 2013 hat das Abstimmungsverhalten zur Ehe für alle beeinflusst (Kauder und Potrafke 2019a; 2019b). Wenn der Vorsprung im Wahlkreis um einen Prozentpunkt stieg, sank die Wahrscheinlichkeit, für die Ehe für alle zu stimmen, um 1,32 Prozentpunkte. Vor dem Hintergrund der Sorgen von Unionsabgeordneten um ihre Wiederwahl untersuchen wir, wie das Abstimmungsverhalten zur Ehe für alle die Stimmenanteile in der Bundestagswahl im September 2017 beeinflusst hat. Die Ergebnisse unserer Regressionsanalyse zeigen, dass der Erststimmenanteil bei Unionsabgeordneten, die für die Ehe für alle stimmten, um etwa 1,29 Prozentpunkte höher lag als bei Unionsabgeordneten, die gegen sie stimmten.

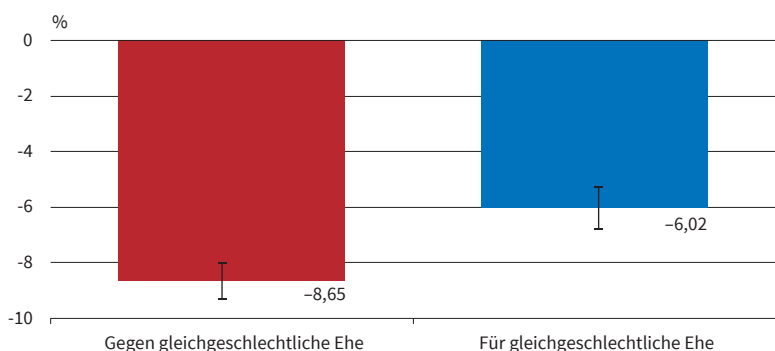
## EMPIRISCHE UNTERSUCHUNGEN

Der Zweitstimmenanteil der Union fiel von 41,54% bei der Bundestagswahl 2013 auf 32,93% bei der Bundes-

»eher dafür«, 17% »eher dagegen« und 16% »klar dagegen« (*Der Tagesspiegel* 2017). Zu den Einstellungen gegenüber Homosexuellen siehe auch Jäckle und Wenzelburger (2015), Berggren und Nilsson (2016) sowie Berggren et al. (2017).

Abb. 1

Veränderung der Erststimmenanteile für CDU/CSU-Abgeordnete<sup>a</sup>



<sup>a</sup> Die Abbildung zeigt die Differenz der Stimmenanteile der CDU/CSU-Abgeordneten zwischen der Bundestagswahl 2017 und der Bundestagswahl 2013. Der Rückgang der Erststimmenanteile der konservativen Abgeordneten, die für die gleichgeschlechtliche Ehe stimmten (6,02 Prozentpunkte), war um 2,63 Prozentpunkte geringer als der Rückgang der Erststimmenanteile der konservativen Abgeordneten, die gegen die gleichgeschlechtliche Ehe stimmten (8,65 Prozentpunkte). Dieser Unterschied ist statistisch signifikant auf dem 1%-Niveau. Die vertikalen Linien zeigen das 95%-Konfidenzintervall.  
Quelle: Kauder und Potrafke (2021). © ifo Institut

tagswahl 2017. Der Erststimmenanteil der Union fiel von 45,34% auf 37,26%. Wir betrachten nur diejenigen Wahlkreise, in denen der Kandidat von 2013 auch 2017 wieder antrat. Wahlkreise, deren Zuschnitt sich geändert hat, schließen wir aus. Unter den verbleibenden 198 Unionsabgeordneten sank der Erststimmenanteil von 45,96% auf 38,03%. Ohne Betrachtung von Kontrollvariablen verloren die Befürworter der Ehe für alle 2,63 Prozentpunkte weniger als die Gegner (vgl. Abb. 1).

**Regressionsmodell**

Unser Regressionsmodell erklärt die Änderung des Erststimmenanteils von Unionspolitikern von der Bundestagswahl 2013 zur Bundestagswahl 2017. Unsere zentrale erklärende Variable ist eine Dummy-Variable, die den Wert 1 annimmt, wenn der Unionspolitiker für die Ehe für alle stimmte, und den Wert 0 bei Ablehnung oder Enthaltung.

Wir nutzen zahlreiche Kontrollvariablen, die potenziell mit der Änderung des Erststimmenanteils zwischen 2013 und 2017 und dem Abstimmungsverhalten zur Ehe für alle korrelieren. Um zu überprüfen, ob sich Wähler von der ökonomischen Entwicklung leiten ließen, kontrollieren wir für die Änderung der Arbeitslosenquote zwischen 2013 und 2017. Wir gehen davon aus, dass die Kandidaten der regierenden CDU/CSU Stimmen verlieren, wenn die Arbeitslosigkeit gestiegen ist. Es ist denkbar, dass die AfD den Erststimmenanteil der Unionskandidaten beeinflusst hat: In Wahlkreisen mit vielen AfD-Anhängern ist davon auszugehen, dass die Unionskandidaten schwächer abgeschnitten haben. Daher berücksichtigen wir die Änderung des AfD-Zweitstimmenanteils zwischen 2013 und 2017.

Wir verwenden weitere Kontrollvariablen, die die Eigenschaften des Wahlkreises abbilden. Die neuen Bundesländer unterscheiden sich nach wie vor von den alten Bundesländern (siehe z.B. Bauernschuster et

al. 2012; Potrafke 2013). Eine Dummy-Variable für die neuen Bundesländer bildet ab, ob sich ein Wahlkreis in den neuen oder den alten Bundesländern befindet. Um Änderungen in der Siedlungsstruktur zu beschreiben, verwenden wir die Änderung der Bevölkerungsdichte von 2013 bis 2017 als weitere Kontrollvariable. Wir gehen davon aus, dass Unionskandidaten davon profitieren, wenn ein Wahlkreis ländlicher wird, also eine rückläufige Bevölkerungsdichte aufweist. Das Ergebnis für Unionskandidaten mag davon abhängen, ob sich der Bevölkerungsanteil von jungen oder älteren Einwohnern verändert hat. Hierfür betrachten wir die Änderungen der Bevölkerungsanteile der unter 18-Jährigen und der über 60-Jährigen zwischen 2013 und 2017. Wir gehen davon aus, dass Unionskandidaten davon profitieren, wenn der Anteil der Jüngeren zurückgeht und der Anteil der Älteren steigt. Ferner berücksichtigen wir, wie sich im betrachteten Zeitraum die Anteile von Schülern ohne Abschluss und mit Hochschulzugangsberechtigung entwickelt haben. Da deutsche Studenten eher sozialdemokratischen und grünen Ansichten zugeneigt sind (siehe Fischer et al. 2017), gehen wir davon aus, dass die Unionskandidaten Stimmen verloren haben, wenn der Anteil der Schüler mit Hochschulzugangsberechtigung gestiegen ist.

Darüber hinaus verwenden wir zwei Kontrollvariablen, die den Unionskandidaten beschreiben: das Alter im Jahr 2017 und eine Dummy-Variable für das Geschlecht. Umfragen zeigen, dass junge und weibliche Bürger der Ehe für alle eher zustimmen als ältere und männliche Bürger (*Der Tagesspiegel* 2017). Wir schätzen ein OLS-Modell mit robusten Standardfehlern.

**Regressionsergebnisse**

Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Befürworter der Ehe für alle weniger Erststimmen verloren haben als die Gegner (alle Unionsabgeordneten in unserem Sample haben bei der Erststimme 2017 im Vergleich zu 2013 verloren). Der geschätzte Koeffizient ist statistisch signifikant auf dem 5%-Niveau. Numerisch bedeutet der Effekt, dass die Befürworter der Ehe für alle um 1,29 Prozentpunkte besser abschnitten als die Gegner.

Die Änderung der Arbeitslosenquote erweist sich nicht als statistisch signifikant. Die ökonomische Entwicklung scheint daher bei der Wahl nicht im Mittelpunkt gestanden zu haben. Der Koeffizient der Änderung des AfD-Stimmenanteils besagt, dass ein Anstieg des AfD-Stimmenanteils um einen Prozentpunkt zu einem Rückgang des Unions-Erststimmenanteils um 0,68 Prozentpunkte führte (statistisch signifikant auf dem 1%-Niveau). Stieg der Bevölkerungsanteil der über 60-Jährigen um einen Prozentpunkt, erhöhte sich der Erststimmenanteil der Union um 1,30 Prozentpunkte. Dies bestätigt die Attraktivität der Union bei älteren Wählern (statistisch signifikant auf dem 1%-Niveau). Ein Anstieg des Anteils von Schülern mit

Hochschulzugangsberechtigung ging für Unionskandidaten mit einem geringeren Erststimmenanteil einher (statistisch signifikant auf dem 5%-Niveau). Numerisch bedeutet der Effekt, dass ein Anstieg des Anteils der Schüler mit Hochschulzugangsberechtigung um einen Prozentpunkt den Erststimmenanteil des Unionskandidaten um 0,07 Prozentpunkte gesenkt hat. Deutsche Studenten scheinen demnach andere Parteien als die Union zu bevorzugen. Der Effekt ist jedoch klein. Unsere weiteren Kontrollvariablen auf Wahlkreisebene erweisen sich nicht als statistisch signifikant: ob der Wahlkreis in den neuen Bundesländern liegt oder ob sich die Bevölkerungsdichte, der Anteil der unter 18-Jährigen oder der Anteil der Schüler ohne Abschluss geändert hat.

Von den beiden Variablen, die Merkmale der Kandidaten beschreiben, ist nur das Alter statistisch signifikant (auf dem 5%-Niveau). Demnach haben ältere Kandidaten mehr Stimmen verloren als jüngere Kandidaten. Der Effekt ist jedoch klein und besagt, dass ein um ein Jahr höheres Alter den Erststimmenanteil um etwa 0,06 Prozentpunkte reduziert hat. Das Geschlecht des Kandidaten erweist sich nicht als statistisch signifikant.

Wir haben unsere Ergebnisse einigen Robustheitstests unterzogen. Die Schlussfolgerungen ändern sich nicht, wenn wir für das Bruttoinlandsprodukt oder den Migrantenanteil im Wahlkreis im Jahr 2017 kontrollieren (da der Bundeswahlleiter 2013 keine Werte zu diesen Variablen auswies, können wir nicht die Änderungen seit 2013 berechnen). Die Ergebnisse sind auch robust gegen das Ausschließen einzelner Abgeordneter aus dem Datensatz; sie sind folglich nicht von einzelnen Abgeordneten getrieben. Wenn wir die Untersuchung separat für die neuen und die alten Bundesländer durchführen, zeigt sich bei den Befürwortern der Ehe für alle in den neuen Bundesländern ein um 5,46 Prozentpunkte geringerer Rückgang im Erststimmenanteil als bei den Gegnern. In den alten Bundesländern liegt der Wert bei lediglich 2,25 Prozentpunkten.

## FAZIT

Wähler schauen bei ihrer Wahlentscheidung häufig auf die Vergangenheit und belohnen Politiker, wenn sich die Wirtschaft gut entwickelt hat. Die Belohnung von Politikern ist in einer solchen Situation jedoch insofern problematisch, als dass Politiker wirtschaftliche Kennziffern wie Wirtschaftswachstum oder Arbeitslosigkeit nicht direkt beeinflussen können.

Namentliche Abstimmungen sind demgegenüber ein geeignetes Maß, um Politiker zu bewerten. Wir haben die namentliche Bundestagsabstimmung zur Ehe für alle untersucht. Am 30. Juni 2017 hat der Bundestag die Ehe für alle verabschiedet. Die namentliche Abstimmung erregte dabei viel Aufsehen. Etwa 75% der Unionsabgeordneten stimmten gegen die Ehe für alle und rund 25% dafür. Die Befürworter kamen

insbesondere aus umkämpften Wahlkreisen; dortige Unionsabgeordnete wollten vermutlich liberale Wähler von sich überzeugen, indem sie für die Ehe für alle stimmten (Kauder und Potrafke 2019a; 2019b).

Die interessante Frage ist, ob die Wähler diejenigen Unionskandidaten bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 belohnt haben, die für die Ehe für alle stimmten. Sie taten es. Wir haben untersucht, wie sich das Abstimmungsverhalten zur Ehe für alle auf die Änderung der Erststimmenanteile von 2013 auf 2017 ausgewirkt hat. Unkonditioniert, also ohne Betrachtung von Kontrollvariablen, standen die Befürworter der Ehe für alle um 2,63 Prozentpunkte besser da als die Gegner. Dieser Wert verringert sich auf 1,29 Prozentpunkte, sobald wir Kontrollvariablen hinzufügen, wie beispielsweise den AfD-Stimmenanteil, die Arbeitslosenquote oder das Alter des Abgeordneten. Die Änderung der Arbeitslosenquote zeigt dabei keinen Effekt auf den Erststimmenanteil der Union. Dies legt nahe, dass die Ehe für alle für die Wähler eine größere Rolle spielte als die wirtschaftliche Entwicklung. In vielen Ländern war die wirtschaftliche Lage nach der Finanzkrise 2008–2010 gut, so dass sich Wähler andere Felder suchten, um Politiker zu bewerten.

## LITERATUR

- Aidt, T., F. Grey und A. Savu (2021), »The Three Meaningful Votes: Voting on Brexit in the British House of Commons«, *Public Choice* 186, 587–617.
- Bauernschuster, S., O. Falck, R. Gold und S. Heblich (2012), »The Shadows of the Socialist Past: Lack of Self-Reliance Hinders Entrepreneurship«, *European Journal of Political Economy* 28, 485–497.
- Berggren, N., C. Bjørnskov und T. Nilsson (2017), »What Aspects of Society Matter for the Quality of Life of a Minority? Global Evidence from the New Gay Happiness Index«, *Social Indicators Research* 132, 1163–1192.
- Berggren, N. und T. Nilsson (2016), »Tolerance in the United States: Does Economic Freedom Transform Racial, Religious, Political and Sexual Attitudes?«, *European Journal of Political Economy* 45, 53–70.
- Der Tagesspiegel (2017), »Auch Unionsanhänger mehrheitlich für die Ehe für alle«, verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/umfrage-auch-unionsanhaenger-mehrheitlich-fuer-die-ehe-fuer-alle/19996214.html>, aufgerufen am 11. Mai 2021.
- Fischer, M., B. Kauder, N. Potrafke und H. W. Ursprung (2017), »Support for Free-Market Policies and Reforms: Does the Field of Study Influence Students' Political Attitudes?«, *European Journal of Political Economy* 48, 180–197.
- Jäckle, S. und G. Wenzelburger (2015), »Religion, Religiosity, and the Attitudes Toward Homosexuality – A Multilevel Analysis of 79 Countries«, *Journal of Homosexuality* 62, 207–241.
- Kauder, B. und N. Potrafke (2019a), »Conservative Politicians and Voting on Same-Sex Marriage«, *German Economic Review* 20, e600–e617.
- Kauder, B. und N. Potrafke (2019b), »Warum stimmen Unionsabgeordnete für die Ehe für alle? Es ist die Konkurrenz im Wahlkreis!«, *ifo Schnelldienst* 71, 26–27.
- Kauder, B. und N. Potrafke (2021), »Rewarding Conservative Politicians? Evidence from Voting on Same-Sex Marriage«, ifo Working Paper No. 355.
- Potrafke, N. (2013), »Economic Freedom and Government Ideology Across the German States«, *Regional Studies* 47, 433–449.
- Wenzelburger, G. und S. Fehrenz (2018), »Die Union und die Ehe für Alle«. Bestimmungsfaktoren des Abstimmungsverhaltens in der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag«, *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 3, 512–530.